



Niederschrift

Europaausschuss

19. Wahlperiode - 44. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. März 2021,
im Anschluss an die Vormittagssitzung des Landtags,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

i. V. von Peter Lehnert

Tobias von der Heide (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss AfD)

Fehlende Abgeordnete

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation an der deutsch-dänischen Grenze aufgrund der Corona-Pandemielage	4
2.	Europäische Gesundheitspolitik stärken - EU-Bürgerinnen und -Bürger besser vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren schützen	5
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2399	
	Europäische Gesundheitspolitik krisensicher weiterentwickeln	5
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/5498	
3.	Ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Fundament bei der Mittelvergabe aus den EU-Fonds zur Bewältigung der Pandemie- und der Klimakrise	7
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2627	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/5481	
4.	Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die Sitzung um 13:10 Uhr. Nachdem der Vorsitzende eine Mitteilung des Europaministeriums übermittelt hat, dass es keinen neuen Sachstand zur aktuellen Situation an der deutsch-dänischen Grenze aufgrund der Corona-Pandemielage zu berichten gebe, kommt der Ausschuss überein, den in der Einladung ausgewiesenen Punkt 1 der Tagesordnung abzusetzen. Die Tagesordnung wird im Übrigen in der Fassung der Einladung gebilligt.

1. Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation an der deutsch-dänischen Grenze aufgrund der Corona-Pandemielage

hierzu: [Umdruck 19/5448](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

2. **Europäische Gesundheitspolitik stärken - EU-Bürgerinnen und -Bürger besser vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren schützen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2399](#)

(überwiesen am 28. Oktober 2020 an den **Europaausschuss** und den Sozialausschuss)

Europäische Gesundheitspolitik krisensicher weiterentwickeln

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/5498](#)

Abg. Hamerich dankt dem Abg. Heinemann dafür, dass dieser sich beharrlich dafür eingesetzt habe, zu einem gemeinsamen Antrag zu gelangen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Abg. Voß vorgeschlagen habe, sich mit dem interfraktionellen Antrag an dem Projekt von CALRE und AdR (s. hierzu Umdruck 19/5675) zu beteiligen.

Abg. Voß führt aus, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag im letzten Jahr vor Beginn der Coronapandemie erstmals an dem Projekt von AdR und CALRE beteiligt habe, dass für die Arbeit der Europäischen Union dem Input aus politischen Debatten der Regionalparlamente diene. Zuletzt seien seitens Schleswig-Holsteins das Beteiligungsprogramm zur Subsidiarität sowie die Positionierung der Landesregierung zur Minority-SafePack-Initiative (MSPI) dargestellt worden.

Mit Frist zum 1. Juni 2021 bestehe erneut die Gelegenheit, sich an dem Projekt zu beteiligen, um Impulse in die Arbeit der Europäischen Kommission einfließen zu lassen. Voraussetzung für die Beteiligung sei, dass die Projekte in den Parlamenten einmütig von den demokratischen Parteien getragen würden.

Der vorliegende Antrag zur Gesundheitspolitik biete sich für eine Beteiligung an, da er einerseits keine Änderung der Europäischen Verträge bezwecke, in dem Sinne Gesundheitspolitik zur Aufgabe der Europäischen Union zu erklären. Andererseits skizziere er, dass gesundheitspolitische Fragen im System der Subsidiarität beantwortet werden sollten, nah an den Ärztin-

nen und Ärzten, Patientinnen und Patienten und Krankenhäusern. Zugleich werde der Schwerpunkt auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelegt, die gerade angesichts der pandemischen Situation europäisch organisiert werden müsse. Wichtig sei es auch, Produktionsketten für medizinisches Material in Europa abzusichern, betont der Abg. Voß.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss einverstanden sei, den Antrag „Europäische Gesundheitspolitik krisensicher weiterentwickeln“, [Umdruck 19/5498](#), beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags zur Beteiligung an dem Projekt von CALRE und AdR anzumelden.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, den interfraktionellen Änderungsantrag, [Umdruck 19/5498](#), anzunehmen. Ebenfalls einstimmig empfiehlt er dem Landtag den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2399](#), in so geänderter Fassung zur Annahme.

3. **Ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Fundament bei der Mittelvergabe aus den EU-Fonds zur Bewältigung der Pandemie- und der Klimakrise**

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2627](#)

(überwiesen am 27. Januar 2021)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/5481](#)

Abg. Poersch erklärt, der Alternativantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2627](#), beziehe sich auf den Antrag der Koalitionsfraktionen, [Drucksache 19/2561](#), über den am 26. März 2021 im Plenum abgestimmt werden solle. Der Europaausschuss habe ihn dem Landtag einstimmig zur unveränderten Annahme empfohlen, um die Bundesländer in die Mittelvergabe im Rahmen des Aufbauinstruments Next Generation EU einzubeziehen. Der Alternativantrag der SPD bezwecke, über die inhaltliche Ausgestaltung, also soziale und ökologische Parameter, zu diskutieren.

Nachdem alle Fraktionen vom Tourismusverband Schleswig-Holstein gebeten worden seien, so vermutet Abg. Poersch, ihn dabei zu unterstützen, europäische Mittel für die Tourismuswirtschaft einsetzen zu dürfen, habe die Fraktion der SPD den Änderungsantrag zum eigenen Alternativantrag verfasst. Zusätzlich seien Inhalte, die in der morgigen Plenarsitzung ohnehin beschlossen werden sollten, herausgenommen worden. Sie bitte um Zustimmung für die Anträge der SPD-Fraktion.

Abg. Hamerich wirft die Frage auf, ob sich die weitere Beratung noch vertagen lasse, da zum jetzigen Zeitpunkt innerfraktionell noch Klärungsbedarf bestehe.

Abg. Poersch weist darauf hin, dass derselbe Zeitdruck bis Ende April 2021 bestehe wie im Fall des Koalitionsantrags, [Drucksache 19/2561](#), worauf Abg. Voß hingewiesen habe.

Abg. Hamerich und Abg. Holowaty stellen fest, dass es innerhalb der Koalition noch Gesprächsbedarf gebe, und bitten um eine Sitzungsunterbrechung.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, unterbricht die Sitzung von 13:21 Uhr bis 13:31 Uhr.

Abg. Hamerich trägt mündlich Änderungen vor, unter deren Maßgabe die Koalitionsfraktionen dem geänderten Antrag der SPD zustimmen könnten. Der Antrag solle an drei Stellen umformuliert werden:

- Im ersten Absatz hinter Punkt 1 der Aufzählung solle der letzte Satz gestrichen werden.
- Aus dem ersten Satz unter Punkt 4 der Aufzählung solle das Wort „konsequent“ gestrichen werden.
- Der Absatz, Punkt 5, solle neu gefasst werden; Abg. Holowaty trägt den Vorschlag zur Neuformulierung wie von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagen vor:

„Der Landtag betont die Notwendigkeit, bei der Mittelverwendung beider Förderinstrumente besonderes Augenmerk auf die Stärkung sowohl der wirtschaftlichen als auch der sozialen Dimension zu legen. Die Schaffung neuer Chancen für Wirtschaft, Wohlstand und Beschäftigung erfordern Investitionen in Weiterbildung, Umschulung und Innovation.“

Abg. Poersch bedankt sich bei allen Beteiligten dafür, dass die Anregungen der SPD-Fraktion aufgenommen würden.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Beschlussempfehlung als eigenständigen Tagesordnungspunkt für das laufende Plenum nachzumelden.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss im Rahmen der Selbstbefassung dem Landtag, den Beschlussvorschlag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

4. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder bitten den Umwelt- und Agrarausschuss, den Europaausschuss an der ganztägigen Anhörung, zum Antrag der Fraktion der SPD „Lieferkettengesetz jetzt“, [Drucksache 19/2301](#) (neu), zu beteiligen und nachrichtlich einzuladen.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Informationsreise nach Kaliningrad gegebenenfalls früher beginnen und somit vom 20. bis 24. Oktober 2021 stattfinden werde.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 13:40 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin